

Der 20. Jahrestag des Berliner Mauerfalls

—

Wie hat dieses Ereignis mein persönliches Leben und das meiner Mitbürger beeinflusst?

von Manfred Thümmler
Erster Bürgermeister der Stadt Pegnitz

Von 1945 bis 1990 teilte die innerdeutsche Grenze West und Ost. 45 Jahre eines für die Menschen beiderseits dieser Grenze unerträglichen Zustands. Dass diese Situation sich zu einer neuen Einheit in Frieden und Freiheit nicht nur für das vereinte Deutschland, sondern für ganz Europa gewandelt hat, ist maßgeblich den Bürgerinnen und Bürgern zu verdanken: Die Menschen in Leipzig und der ehemaligen DDR haben Großes bewegt und nach 40 Jahren DDR die Basis für die deutsche Einheit ganz wesentlich geschaffen. Bereits 1953 sind Bürgerinnen und Bürger auf die Straße gegangen, aber dieser Aufstand des Volkes wurde brutal mit Panzern und Waffen niedergeschlagen. Auch unsere Nachbarländer, die Tschechische Republik, Ungarn und Österreich haben ganz wesentlich zur Öffnung der Grenze beigetragen. So jährte sich am 19. August beispielsweise das Paneuropäische Picknick in Sopron zum 20. Mal, in dessen Rahmen der Eiserne Vorhang für einen kurzen Moment geöffnet wurde. Diese Gelegenheit ergriffen 600 bis 700 DDR-Bürger und flohen in den Westen nach Österreich.

Die Ereignisse in der Deutschen Botschaft Prag

Ein für mich zentrales Ereignis sind die Geschehnisse in der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Prag im Spätsommer 1989. Tausende von DDR-Flüchtlingen hatten hier Zuflucht gesucht und harrten unter zunehmend beengten, provisorischen Bedingungen in Ungewissheit wochenlang aus. Am 30. September 1989 konnte endlich der damalige Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) vom Balkon des Lobkowitz-Palais den über 3.500 Wartenden die langersehnte Ausreisegenehmigung mit folgenden Worten bekanntgeben: *„Liebe Landsleute, wir sind zu Ihnen gekommen, um Ihnen mitzuteilen, dass heute Ihre Ausreise ...“* – das Ende des Satzes ging im lauten Jubel unter. Der Satz hätte übrigens mit *„... in die Bundesrepublik Deutschland möglich geworden ist“* geendet.

Voraussetzung für die Möglichkeit, dass DDR-Flüchtlinge überhaupt in der Botschaft der BRD in Prag aufgenommen werden konnten, war, dass es nur eine einzige deutsche Staatsbürgerschaft für alle Deutschen gab, egal ob BRD- oder DDR-Bürger. Diese Tatsache geriet durch den Grundlagenvertrag von 1972 in Gefahr. Dieser Vertrag wäre unter anderem darauf hinausgelaufen, eine zweite deutsche Staatsbürgerschaft anzuerkennen. Erst die von dem ehemaligen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß (CSU) forcierte Klage Bayerns führte 1973 zu dem Urteil des Verfassungsgerichts, das den Grundlagenvertrag nur unter bestimmten Vorbehalten als gültig befand. Entscheidend war: Die Anerkennung einer DDR-Staatsbürgerschaft wurde verworfen! Auch die Demarkationslinie zwischen Ost und West hatte keinerlei andere rechtliche Qualität als beispielsweise Grenzen zwischen

westdeutschen Bundesländern. Damit war die Deutsche Frage weiterhin offen, die notwendigen Rahmenbedingungen für die Ereignisse 1989 blieben unangetastet.

Auch Pegnitzer Bürger kamen 1989 in direkten Kontakt mit den Ereignissen rund um die Botschaftsflüchtlinge: Bereits am 1. Oktober kamen im 20-Minuten-Takt überfüllte Sonderzüge mit insgesamt 5.600 Flüchtlingen am Bahnhof in Hof an. Am 5. Oktober folgte eine zweite Ausreisewelle. Zur Verpflegung und Versorgung der Menschen wurden die Ortsgruppen des Technischen Hilfswerks und des Roten Kreuzes auch aus Pegnitz nach Hof abgeordnet. Vor den Augen der Weltöffentlichkeit – 400 Journalisten und zehn Kamerateams waren vor Ort – stellten die zahlreichen Helfer in diesen historischen Momenten ihre Hilfsbereitschaft und ihre Freude über die Entwicklungen unter Beweis.

Rückblende: der 13. August 1961

Den Mauerbau, der die Teilung Deutschlands dann auch baulich manifestierte, erlebte ich als 15jähriger. Sofort habe ich gespürt, dass das eine für alle Menschen unerträgliche Situation war. Eine Steigerung der Ereignisse musste ich dann 1966 erleben: In Mödlareuth bei Hof, einem Ort mit nur 50 Einwohnern, wurde fünf Jahre nach dem Berliner Mauerbau eine 700 Meter lange, 3,30 Meter hohe Betonspermauer mitten durch das Dorf errichtet. Selbst vor Ort in diesem sogenannten „little Berlin“ musste ich erleben, wie zwei Brüdern das Anwesen geteilt wurde und in einem Fall die Grenze sogar durch das Schlafzimmer ging. Selbst grüßen oder winken von Ost nach West über die Mauer hinweg war verboten! Darüber habe ich damals als knapp 20jähriger eine grenzenlose Wut empfunden und mein politisches Credo war damit klar: in der Zukunft mit aller Macht für die Wiedervereinigung einzutreten!

Zurück zum Mauerfall:

1987 veröffentlichte Michail Gorbatschow, damals Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion sein Buch „Perestroika, die zweite russische Revolution. Eine neue Politik für Europa und die Welt“. 1989 folgte „Glasnost. Das neue Denken“. Der zentrale Inhalt seiner dort niedergeschriebenen Gedanken, die östlichen Systeme aufzubrechen, gab Anlass zur Hoffnung auf echte Chancen der Verständigung und Einigung. Sicherlich war dies auch Anlass und Ermutigung für die Bevölkerung in der DDR, Druck auf die Staatsregierung auszuüben.

Auch prägten mich zahlreiche Informationen aus erster Hand: Eigene Verwandte von mir sind zum Teil wegen ihrer Überzeugung ins Gefängnis gekommen. Sie haben später, nach ihrer Ausweisung aus der DDR noch im Jahr 1988, ernüchternde Berichte geliefert. Bereits Ende Oktober, Anfang November 1988 hatte ich dann über die Hanns-Seidel-Stiftung die Möglichkeit einer Geschichtsreise nach Erfurt. Dabei konnten Gespräche mit der katholischen und evangelischen Kirche sowie den Sportverbänden geführt werden. Dabei spürte man die Hoffnung und die Zuversicht, dass sich mit Gorbatschow die Situation zum Positiven verändern werde. Und das sollte dann ja auch so kommen. Hochinteressant war eine Äußerung des damaligen Domvikars von Erfurt und heutigen Erzbischofs von Berlin, Georg Kardinal Sterzinsky, nach vierstündiger Beratung, in der er bereits den Namen des möglichen Nachfolgers von Honecker mit „Modrow“ nannte. Er sollte recht behalten!

Bei mir persönlich und vor allem unter den Bürgerinnen und Bürgern im Grenzbereich ist große Freude ausgebrochen, als die Entwicklungen am 9. November in der Öffnung der

Grenzen ihren vorläufigen Höhepunkt fanden und endlich Familien, Freunde, Verwandte wieder freizügig zueinander kommen konnten. In Pegnitz selbst war in der Folgezeit ein gewisser Zuzug aus den nun „Neuen Bundesländern“ zu verzeichnen, später aber vor allem aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, besonders aus Kasachstan. Und neu waren natürlich auch die auffälligen „Trabis“ im Ortsbild, wenngleich in Pegnitz bei weitem nicht in dem Maße wie in den grenznäheren Städten.

Sehr rasch konnte nach den Ereignissen im Herbst 1989 die Wiedervereinigung auch formal in die Wege geleitet werden, hatte doch Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) schon am 28. November 1989 ein 10-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas vorgelegt. Gemeinsam mit Außenminister Hans-Dietrich Genscher erreichte der „Kanzler der Einheit“ im sogenannten Zwei-plus-Vier-Vertrag mit den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs deren Zustimmung zur Wiedervereinigung Deutschlands.

Der Prozess des Zusammenwachsens

Und, um mit Willy Brandt (SPD) zu sprechen: Seitdem *„wächst zusammen, was zusammen gehört.“* Die Wiedervereinigung und das Zusammenwachsen Europas haben in den vergangenen Jahren zu gutem Erfolg für alle geführt. Bedauerlicherweise wird heute manchmal nur der materielle Wert geachtet und nicht, dass Frieden in Freiheit mehr wert ist als Materielles! Jürgen Aretz, der in verschiedenen Funktionen eng mit der deutschen Wiedervereinigung, unter anderem dem Einigungsvertrag, befasst war und später auch als Leiter des Arbeitsstabes Neue Länder im Bundeskanzleramt wirkte, bringt es folgendermaßen auf den Punkt: *„Der Weg für das Zusammenwachsen ist entgegen der Annahme aus dem Wiedervereinigungsjahr immer noch lang, auch wenn ideell und materiell viele Erfolge zu verzeichnen sind. Damals schien ein Zeitraum von wenigen Jahren ausreichend. Heute müssen wir erkennen, dass diese Aufgabe wohl erst von der kommenden Generation gelöst werden wird. Die jungen Menschen unterscheiden sich heute zwischen Ost und West in der Regel nicht mehr als die Altersgenossen zwischen beliebigen Regionen in Deutschland. Sie haben einen nicht zu überbietenden Vorteil: Sie wachsen in einem offenen Deutschland in einem nahezu grenzenlosen Europa auf.“* Im Vergleich zu anderen ehemaligen sozialistischen Ländern war die Transformation von der Diktatur zur Demokratie, von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft in Deutschland mit geringeren Schmerzen verbunden. Dabei müssen wir allerdings alle darauf achten, dass sozialer Ausgleich und Arbeit möglich sind.

Die Stadt Pegnitz konnte mit Verwaltungsmitarbeitern und Freunden beim „Zusammenwachsen“ und beim kommunalen Aufbau in den Neuen Bundesländern vielfältig helfen. Zehn Mitarbeiter leisteten in ihrer Freizeit und durch Abgeltung ihrer Überstunden Unterstützung beim Aufbau der Verwaltungsstruktur in den Städten Königsbrück und Hainichen. Die Sitzungsvorlagen für eine Sitzung des Stadtrats von Königsbrück am 29. April 1991 wurden von mir und meinem geschäftsleitenden Beamten, Herrn Herbert Lauterbach, vorbereitet; vor über 200 Zuhörern wurden alle 20 Tagesordnungspunkte einstimmig beschlossen. Die wichtigste Entscheidung dabei war eine Umgehungsstraße mit über 5 Millionen Euro. In Königsbrück, einer Stadt mit rund 5.000 Einwohnern, waren übrigens rund 15.000 Soldaten der russischen Armee stationiert.

Auch im schulischen Bereich wurden zahlreiche Kontakte gepflegt. *„Eine Zeit ungehemmter Initiativen“* überschrieb der Nordbayerische Kurier 1989 die Unterstützungsangebote aller

Pegnitzer Schulen. Obwohl die DDR offiziell noch fast ein Jahr weiterbestehen sollte, suchte man schon vor der Wiedervereinigung die Begegnung. Diese freundschaftlichen Beziehungen vor allem mit dem Ziel des Informationsaustausches waren jedoch von recht kurzer Dauer und hielten meist bis etwa 1991 – auch dies ein Ausdruck deutscher Einheit, denn die ehemaligen DDR-Schulen suchten jetzt Kontakte auf internationaler Ebene! Eine besondere Rolle spielte die Bayerische Justizschule Pegnitz, deren Lehrkräfte unter anderem großflächig in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern die Schulung des Justizpersonals übernahmen.

Das Zusammenwachsen Europas

Der Mauerfall ebnete auch den Weg zum vereinten Europa mit all seinen Chancen auf Aussöhnung, Versöhnung, Freundschaft, Partner, Anerkennung, Kompetenz, Bildung und Leben. Dies sind nicht nur Schlagworte, sondern diese Begriffe umschreiben auch die Vernetzung der Stadt Pegnitz und ihrer Vereine und Schulen mit den Partnerstädten! Besonders dankbar bin ich, dass wir auf internationaler Ebene bereits 1988 mit dem Gymnasium Slaný eine Schulpartnerschaft begründet haben und 2005 diese bereichernde Partnerschaft auch auf kommunaler Ebene offiziell besiegeln konnten. Städtepartnerschaften wie diese eröffnen Brücken, mit denen sich Gräben und Grenzen überwinden lassen – Landesgrenzen, aber auch Grenzen in den Köpfen. Dieses auch internationale Zusammenwachsen ist mehr denn je notwendig, denn: West- und Osteuropa werden sich zukünftig in der globalisierten Welt dann behaupten und eine bedeutende Rolle spielen, wenn sie geschlossen zusammenstehen. Die Europäische Union ist ein wichtiger Baustein für Frieden in Freiheit.